

„Herr Staat“ und seine Kumpels am Stammtisch

- Das Problem, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen -

Wer heute einen Blick in die öffentlichen Medien (Zeitungen, Fernsehen) wirft, wird tagtäglich über Berichte stolpern, die auf allen politischen Ebenen „Haushaltslöcher“ melden. Offenbar sind alle öffentlichen Haushalte – kommunale Haushalte, die Haushalte der Bundesländer und auch der Bundeshaushalt – in finanziellen Nöten: Die Ausgaben laufen den Einnahmen davon. Des weiteren wird jeder aber feststellen, dass an diesen Haushaltslöchern kein gutes Haar gelassen wird. Wie paßt das aber zusammen? Sind solche Haushaltslöcher ein Naturereignis wie Wind und Wetter? Kann man nur darüber klagen, ohne etwas dagegen tun zu können?

Der Beantwortung dieser Fragen mag die folgende Geschichte dienen. Da treffen sich an einem Stammtisch regelmäßig fünf Personen mit folgenden Namen: Privater Haushalt, Unternehmen, Staat, Ausland, Zentralbank. An einem dieser Stammtischabende beschreibt Staat den anderen sein aktuelles Problem, nämlich dass die (ordentlichen) Einnahmen über Steuern und sonstige Zwangsabgaben nicht ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren. Staat merkt an, dass er natürlich die grundsätzlichen Möglichkeiten kenne, dieses Problem zu lösen: erstens Ausgabensenkung, zweitens Erhöhung der Steuereinnahmen und anderer Zwangsabgaben und drittens schließlich eine weitere Kreditaufnahme.

Staat erzählt weiter, dass seine Berater unterschiedliche Vorschläge parat hätten. Seine politischen Berater wiesen immer wieder darauf hin, dass er ja schließlich die nächste Wahl gewinnen wolle. Deshalb dürfe er bei seinen Entscheidungen keiner für ihn wahlentscheidenden Gruppe – etwa durch Subventionskürzungen – auf die Füße treten. Deshalb habe die Aufnahme weiterer Kredite ihren eigenen Charme, denn die potentiellen Kreditgeber brauche man nicht zu zwingen. Sie würden ja freiwillig dem Staat Kredite geben.

Seine linken Berater würden ihn beschwören, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, um jetzt endlich den Reichen mit folgenden Maßnahmen ans Leder zu gehen: hoher Spitzensteuersatz, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Luxussteuern.

Seine ökonomischen Berater schließlich seien sich untereinander nicht einig. Eine Minderheit, die sich selbst „Keynesianer“ nennen, spräche sich – zumindest kurzfristig – für eine Erhöhung der Schulden aus. Ausgabensenkungen und Steuererhöhungen würden die augenblickliche Lage nur noch verschlimmern. Die Mehrheit der Ökonomen sei allerdings gegen eine weitere Erhöhung der Schulden und für eine Kürzung der Ausgaben, vor allem der Subventionen und Transferzahlungen, die wachstumsschädlich seien.

Privater Haushalt weist darauf hin, dass er sehr unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen – manchmal sogar entgegengesetzten – Interessen repräsentiere: Steuerzahler, Empfänger staatlicher Transferzahlungen wie z.B. Rentner, aber auch Staatsgläubiger. Deshalb könne er keine der Alternativen als die beste auszeichnen. Unternehmen argumentiert ähnlich. Allerdings habe er gegen eine weitere Verschuldung vorzubringen, dass dadurch seiner Klientel weniger Kreditmittel zur Verfügung stünden, um zukunftsweisende Investitionen zu finanzieren. Man wisse doch, dass staatliche Ausgaben viel weniger produktiv seien als private Investitionen.

Ausland äußert sich lobend über die Ratschläge der linken Berater. Er würde die „reichen“ Arbeitnehmer und Unternehmer mit offenen Armen empfangen, die dann in Scharen Deutschland verließen. Oder wolle Deutschland jetzt um Gesamtdeutschland eine Mauer bauen?

Zentralbank schließlich wendet sich energisch gegen jegliche Neuverschuldung des Staates. Staat habe – abgesehen von sachlichen Argumenten, die gegen die Verschuldung sprächen – einen Vertrag – genannt Stabilitäts – und Wachstumspakt – unterschrieben, in dem eine Begrenzung der staatlichen Verschuldung verabredet sei. Wenn Staat diesen Vertrag breche, dann wäre jedes Vertrauen dahin. Im übrigen sei eine zusätzliche Verschuldung heute eine Erhöhung der Steuern morgen. Die Probleme wären also nur aufgeschoben, nicht aufgehoben.

Was können wir aus dieser Geschichte lernen? Offenbar gibt es eine nicht zu unterschätzende - in das jetzige politische System eingebaute – Vorliebe für die Finanzierung über mehr Schulden. Demokratische Politiker, deren Planungshorizont im allgemeinen nur bis zur nächsten Wahl reicht, stehen unter dem Druck derjenigen, die sich als Verlierer sehen, wenn die Staatsausgaben, die ja für sie selbst Einnahmen sind, und sonstige Vorteile, z.B. in Gestalt von Steuervergünstigungen, abgebaut werden. Auch Steuererhöhungen kommen aus nachvollziehbaren Gründen beim Wähler nicht gut an. Es bleibt also –aus wahltaktischer Sicht – die Finanzierung über die Aufnahme von Krediten als die beste Lösung übrig.

Deshalb sollte man sich nicht darüber wundern, dass der deutsche Bundesfinanzminister, der eigentlich bis zum Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wollte, mit dieser Zielsetzung gescheitert ist. So ist es auch nicht verwunderlich, dass jetzt aus der Regierung zu hören ist, die Zeit der „Grausamkeiten“ – Grausamkeiten in Gestalt von staatlichen Ausgabenkürzungen, die ja bestimmte potentielle Wählergruppen hart treffen können - sei vorbei.

Dieser Druck, dem die Politiker von Seiten der Interessengruppen ausgesetzt sind, ist auch die Erklärung dafür, dass die Reformen der Staatsausgaben und Staatseinnahmen, inbegriffen eine geringere Verschuldung – Vorschläge dazu liegen schon seit Jahrzehnten auf dem Tisch – so schwer umzusetzen sind. Wer spricht denn heute noch von einer Steuererklärung, die auf einem „Bierdeckel“ Platz hat?

Dieser Druck ist auch die Ursache dafür, dass auch in Zukunft zwar viel über die „bösen“ Folgen der staatlichen Verschuldung geredet werden wird, das Schuldenmachen selbst aber weiter gehen wird, zumal sogar geschlossene Verträge offenbar dafür kein Hindernis darstellen.